

Deutsch:

Der Sudan, der vor allem mit der Darfur-Krise das Interesse der Weltöffentlichkeit geweckt hat, blickt seit der Unabhängigkeit 1956 auf einen nahezu 40 Jahre dauernden Bürgerkrieg zurück. Die Ursachen des bewaffneten Konflikts sind multidimensional und lassen sich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Marginalisierung des Südsudans durch die nordsudanesischen Zentralregierung zurückführen. Folge dieses innerstaatlichen Konflikts ist die weitgehende Erosion staatlicher Strukturen.

Erst mit Abschluss eines umfassenden Friedensvertrages im Jahr 2005 konnte der Konflikt formell beendet werden. Die Arbeit setzt sich mit dem wirksamen Zustandekommen der Friedensverträge im Sudan auseinander und geht dabei detailliert auf die Völkerrechtssubjektivität der nicht-staatlichen Vertragsparteien ein.

Eine zentrale Ursache des Nord/Süd-Konflikts ist das Streben des südsudanesischen Volkes nach Unabhängigkeit und damit der Geltendmachung des äußeren Selbstbestimmungsrechts durch die Südsudanesischen. Neben der Untersuchung der Völkerrechtskonformität des UN-Mandats UNMIS geht die Arbeit auf das Recht der Südsudanesischen auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf Sezession ein. Im Bezug auf die Darfur-Krise wird auch das Mandat der UNAMID auf seine rechtlichen Grenzen hin geprüft. Ein besonderer Blick wird in diesem Zusammenhang auf die Pflichten des Sicherheitsrates in der Darfur-Krise gelegt und die Kohärenz der Darfur-Krise für die Entwicklung der Rechtsfigur der responsibility to protect aufgezeigt.

Schlüsselwörter:

Vereinte Nationen / Friedenssicherung / Mission der Vereinten Nationen im Sudan